

# Steuerschätzung Mai 2026

Die Haushaltslage verlangt einen konzentrierten Konsolidierungs-, Reform- und Wachstumskurs.

## 1 Zentrale Ergebnisse der Steuerschätzung

Der Arbeitskreis Steuerschätzung erwartet nach seinen am 07. Mai 2026 vorgestellten Ergebnissen ein weiter steigendes Steueraufkommen, das aber für die Jahre 2026 bis 2030 um jährlich 17,2 bis 17,8 Milliarden Euro niedriger ausfällt als im Oktober 2025 erwartet.

Tabelle 1

Aufkommensprognose der Steuerschätzung Mai 2026 (Milliarden Euro)

	<b>Ist 2025</b>	<b>Schätzung 2026</b>	<b>2027</b>	<b>2028</b>	<b>2029</b>	<b>2030</b>
Bund	388,7	382,1	394,6	404,5	414,7	433,9
Länder	415,3	420,4	432,9	445,8	461,1	476,7
Gemeinden	150,9	151,9	158,4	163,8	169,4	175,0
EU	34,9	44,3	47,5	47,5	53,4	52,4
Summe	989,8	998,7	1.033,3	1.062,4	1.098,7	1.138,0

Quelle: [Bundesministerium der Finanzen](#)

## 2 Verteilung der Mindereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Die bis 2030 prognostizierten Mindereinnahmen liegen insgesamt bei 87,5 Milliarden Euro. Davon entfallen 52,3 Milliarden Euro (2,6 Prozent seiner bisher angenommenen Einnahmen) auf den Bund, 15,7 Milliarden Euro (0,7 Prozent) auf die Länder und 24,4 Milliarden Euro (3,0 Prozent) auf die Gemeinden. Die EU trifft es mit 4,9 Milliarden Euro (2,0 Prozent). In absoluten Zahlen ist also Hauptlastträger der Bund, prozentual zu den Einnahmen trifft es die Kommunen am stärksten.

### 3 Auswirkung auf den Bund und Bayern

Die Einnahmenerwartung des Bundes aus der Steuerschätzung fällt für das Jahr 2027 um 5,1 Milliarden Euro und bis 2030 um 14,8 Milliarden Euro niedriger aus als nach den Eckwerten zum Bundeshaushalt 2027. Das liegt daran, dass die Steuerschätzung beschlossene und konkret auf den Weg gebrachte Steuerrechtsänderungen berücksichtigt, nicht aber in den Eckwerten erwartete zusätzliche Einnahmeperspektiven aus der Tabak-, Plastik-, Alkohol- und Zuckersteuer. Laut Bundesfinanzminister Lars Klingbeil führt das Ergebnis der Steuerschätzung beim Bund für das Jahr 2027 zu einem zusätzlichen Konsolidierungsbedarf von einer Milliarde Euro. Bereits diskutierte Reformentscheidungen wie die umfassende Korrektur des Einkommensteuertarifs sind dabei allerdings noch nicht berücksichtigt und erhöhen den Konsolidierungsbedarf.

Eine [Pressemitteilung vom 08. Mai 2026](#) enthält Bayern-Zahlen zur Steuerschätzung. Finanzminister Albert Füracker MdL geht davon aus, dass die prognostizierten Mindereinnahmen von je 0,1 Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027 im Haushaltsvollzug aufgefangen werden können. Für das Jahr 2028 wird ein Plus von 0,1 Milliarden Euro gegenüber der Oktoberschätzung 2025 erwartet.

### 4 Unsichere Basis der Steuerschätzung und Fazit

Die Steuerschätzung basiert auf einem Anstieg der realen Wirtschaftsleistung Deutschlands im Jahr 2026 von + 0,5 Prozent und 2027 von + 0,9 Prozent. Diese Werte werden wesentlich von kreditfinanzierten Staatsausgaben getragen, die erst auf den Weg gebracht werden müssen und nur dann einen nachhaltigen Effekt entfalten, wenn sie dann auch zu selbsttragendem Wachstum beitragen. Zudem geht die Schätzung davon aus, dass es zu einer baldigen Entspannung in Nahost kommt. Beides zeigt, dass die prognostizierten Ergebnisse mit erheblicher Vorsicht zu bewerten sind. Insgesamt wird deutlich, dass Bund, Länder und Gemeinden einen konzentrierten Konsolidierungs-, Reform- und Wachstumskurs fahren müssen, um haushaltspolitisch hinreichend handlungsfähig zu bleiben.

#### **Ansprechpartner**

**Dr. Benedikt Rüchardt**

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-252

[benedikt.ruechardt@vbw-bayern.de](mailto:benedikt.ruechardt@vbw-bayern.de)

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)